Schutzauftrag der Familienhebammen

Patricia Morgenthal | Das rechtliche Spannungsverhältnis ist offenkundig: Hebammen unterliegen einer beruflichen Schweigepflicht, deren Verletzung strafrechtlich verfolgt werden kann. Andererseits sind die Jugendämter auf Informationen angewiesen, um bei Hinweisen auf Gefährdungen des Kindeswohles die entsprechenden Maßnahmen einzuleiten

Durch den Einsatz von „Familienhebammen“ versuchen zurzeit zahlreiche Jugendämter, ihrem besonderen Schutzauftrag bei einer Kindeswohlgefährdung gerecht zu werden. Dieser hat durch die kürzlich neu gefasste gesetzliche Vorschrift des § 8a SGB VIII (achtes Sozialgesetzbuch) eine besondere Bedeutung erlangt. Für die betroffenen Hebammen stellt sich in diesem Zusammenhang in der täglichen Praxis immer wieder die Frage nach ihrer beruflichen Schweigepflicht gemäß § 203 Strafgesetzbuch (StGB).

Kompetenzbereich

Ausgehend von der wörtlichen Regelung des sogenannten Kindeswohlparagrafen § 8a SGB VIII soll die Wahrnehmung des Schutzauftrages durch „Fachkräfte“ erfolgen. Freiberufliche Hebammen, aber auch solche, die im Rahmen einiger kommunaler Projekte unter dem Titel „Frühe Hilfen“ als angestellte Hebamme für die jeweiligen Jugendämter arbeiten, werden in der Regel in diesem Sinne keine Fachkräfte mit einem Schwerpunkt in Sozialer Arbeit oder Sozialpädagogik sein. Dies zeigt bereits ein Blick in die für die Ausbildung einschlägigen Regelungen des Hebammengesetzes. Danach soll die Ausbildung „insbesondere dazu befähigen, Frauen während der Schwangerschaft, der Geburt und

des Wochenbettes Rat zu erteilen und die notwendige Fürsorge zu gewähren, normale Geburten zu leiten, Komplikationen des Geburtsverlaufs frühzeitig zu erkennen, Neugeborene zu versorgen, den Wochenbettverlauf zu überwachen und eine Dokumentation über den Geburtsverlauf anzufertigen (Ausbildungsziel)“.

Vor diesem Hintergrund wird man sagen können, dass Hebammen insoweit nicht in den Anwendungsbereich des Kindeswohlparagrafen § 8a SGB VIII fallen. Zwar ist es möglich, „zur Erfüllung des Schutzauftrages bei Kindeswohlgefährdung“ (vgl. § 62 SGB VIII) auch Informationen von Dritten einzuholen. Da diese jedoch nicht unter den Regelungsbereich des SGB VIII fallen, haben diejenigen Personen nach den allgemeinen Vorschriften zu überprüfen, ob sie mit einer Weitergabe von Informationen rechtswidrig handeln würden. Als eine derartige Vorschrift kommt der sogenannte „Schweigepflicht-Paragraf“ (§ 203 StGB) in Betracht.

Als Zwischenergebnis ist festzuhalten, dass Hebammen, ob freiberuflich oder angestellt, nicht verpflichtet sind, bei Wochenbettbesuchen oder ähnlichen Gelegenheiten zur Kenntnis genommene Informationen an die Jugendämter weiterzugeben. Sie stellen insofern keine „Fachkräfte“ im Sinne der einschlägigen Vorschriften des SGB VIII dar. Dies ist erst dann der Fall, wenn einerseits durch Änderungen in den für

Foto: Michael Plümer

Hebammen geltenden Ausbildungsregelungen, insbesondere im Hebammengesetz, entsprechende Ergänzungen eingefügt werden oder eine Wandlung des tradierten Berufsbildes langfristig erfolgen würde.

Es kann jedoch nicht ausdrücklich genug darauf hingewiesen werden, dass das vorstehend Gesagte allein für allgemeine Informationen über bestimmte Lebensumstände von Familien, Schwangerschaftsverläufen und dergleichen gilt. Bei konkreten Anhaltspunkten für eine Kindeswohlgefährdung genießt die Verhinderung der Gefährdung von Leib oder Leben eines Kindes den eindeutigen Vorrang vor der Schweigepflicht des § 203 StGB.

Wo beginnt und wo endet die Schweigepflicht der Familienhebamme?

Durch § 203 StGB wird der persönliche Lebens- und Geheimnisbereich besonders geschützt. Dieser soll im Individualinteresse des Betroffenen gerade von Trägern der darin genannten sozial bedeutsamen Berufe, denen sich der einzelne weitgehend anvertraut, nicht verletzt werden. Aufgehoben werden kann diese Schweigepflicht nur durch eine Entbindung. Dies kann auch formlos oder durch „schlüssiges Tun“ geschehen. Insofern sind Hebammen aus Rechtsgründen gut beraten, sich vor Weitergabe von Informationen oder Abgabe umfangreicher Berichte an das Jugendamt oder die jeweiligen

Träger der Jugendhilfe eine schriftliche Erklärung zur Entbindung von der Schweigepflicht unterschreiben zu lassen. So kann im Streitfall nachgewiesen werden, dass die an die Behörde erteilten Auskünfte rechtmäßig erfolgten. Hebammen, die im Rahmen „Früher Hilfen“ tätig werden, sollten von ihren Auftraggebern entsprechende Vordrucke erbitten, die sie in den Familien bei ihrem ersten Besuch zur Unterschrift vorlegen. Selbstverständlich muss dies auch in die zwischen den Jugendämtern oder Projektträgern und den Familienhebammen abgeschlossenen Verträge als Passus aufgenommen werden.

Oftmals wird es so sein, dass Familien, die von Familienhebammen betreut werden sollen, bereits seit längerem in Kontakt mit den zuständigen Jugendämtern stehen. Dann sollte bereits im Vorfeld des ersten Besuchs von den Beschäftigten des Jugendamtes darauf geachtet werden, dass eine entsprechende, vorformulierte Erklärung unterzeichnet wird. Wenn dies durch die MitarbeiterInnen des Jugendamtes bereits vorab durchgeführt wird, besteht weniger die Gefahr, dass das Vertrauensverhältnis zwischen Hebamme und Familie tangiert wird. Am besten wird gleich beim ersten Besuch ein Formular zur Unterschrift vorgelegt. Eine derartige Erklärung kann übrigens jederzeit widerrufen werden.

RECHT

Verletzung von Privatgeheimnissen (§ 203 StGB)

(1) Wer unbefugt ein fremdes Geheimnis, namentlich ein zum persönlichen Lebensbereich gehörendes Geheimnis oder ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis, offenbart, das ihm als

1. Arzt, Zahnarzt, Tierarzt, Apotheker oder Angehöriger eines anderen Heilberufs, der für die Berufsausübung oder die Führung der Berufsbezeichnung eine staatlich geregelte Ausbildung erfordert, (...) anvertraut worden oder sonst bekannt geworden ist, wird mit Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft.

Schutzauftrag bei Kindeswohlgefährdung (§ 8a SGB VIII)

(1) Werden dem Jugendamt gewichtige Anhaltspunkte für die Gefährdung des Wohls eines Kindes oder Jugendlichen bekannt, so hat es das Gefährdungsrisiko im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte abzuschätzen. Dabei sind die Personensorgeberechtigten sowie das Kind oder der Jugendliche einzubeziehen, soweit hierdurch der wirksame Schutz des Kindes oder des Jugendlichen nicht in Frage gestellt wird. Hält das Jugendamt zur Abwendung der Gefährdung die Gewährung von Hilfen für geeignet und notwendig, so hat es diese den Personensorgeberechtigten oder den Erziehungsberechtigten anzubieten.

(2) In Vereinbarungen mit den Trägern von Einrichtungen und Diensten, die Leistungen nach diesem Buch erbringen, ist sicherzustellen, dass deren Fachkräfte den Schutzauftrag nach Absatz 1 in entsprechender Weise wahrnehmen und bei der Abschätzung des Gefährdungsrisikos eine insoweit erfahrene Fachkraft hinzuziehen. Insbesondere ist die Verpflichtung aufzunehmen, dass die Fachkräfte bei den Personensorgeberechtigten oder den Erziehungsberechtigten auf die Inanspruchnahme von Hilfen hinwirken, wenn sie diese für erforderlich halten, und das Jugendamt informieren, falls die angenommenen Hilfen nicht ausreichend erscheinen, um die Gefährdung abzuwenden.

Persönliche Beziehung

Besonders wichtig ist es, dass Hebammen wissen, wo Hilfen für junge Familien zu erhalten sind. Aufgrund ihres Vertrauensverhältnisses, das sie zu den Schwangeren oder Wöchnerinnen aufbauen, können sie diese Informationen bei Problemen behutsam an die Familien heranzuführen – ohne dass die Problematik von Schweigepflichten rings um den Kindeswohlparagrafen § 8a SGB VIII akut wird. ●

DIE AUTORIN

Patricia Morgenthal ist Rechtsanwältin mit eigener Kanzlei in Unna. Sie ist offizielle Vertragsanwältin des Bundes freiberuflicher Hebammen Deutschlands (BfHD) e.V. und berät bundesweit verbandsunabhängig. Zu ihren Interessenschwerpunkten gehören das Hebammenberufsrecht sowie das -gebührenrecht.

Kontakt:
info@ra-morgenthal.de
www.ra-morgenthal.de